

Kuschelpädagogik fördert kriminelle Karrieren



In einem Namensartikel nimmt der Vorsitzende der CDU-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses, Nicolas Zimmer, zur Jugendkriminalität in Berlin Stellung.

Seit dem Mord an den 7-jährigen Christian in Zehlendorf im vergangenen Sommer ist die Debatte um jugendliche Intensivtäter voll entbrannt. Der 16-jährige Täter Keith M. war kein unbeschriebenes Blatt und konnte bis zum Mord trotz zahlreicher Vorstrafen unbehelligt sein Unwesen treiben und seine Umwelt drangsaliieren. Die politische Linke ist vor der Eröffnung des Prozesses gegen Keith M. aus übertriebener Sorge um jugendliche Serienschläger gegenüber den Opfern in Erklärungsnot geraten. Trotzdem wird weiter gemauert, Fehler bei der Strafverfolgung nicht zugegeben und die Kuschelpädagogik in bewährter Tradition der 68er-Ideologie als Erziehungsmaßnahme weiter propagiert. Auf der Strecke bleiben wieder einmal die

Opfer. Mit der Folge, dass immer noch die Jugendkriminalität in Berlin auf einem hohen Niveau ist und die Brutalität von Jugendlichen weiter zunimmt. Ein jugendlicher Intensivtäter wird dann erst von der Jus-

unverantwortlicher Weise die Karrieren von jugendlichen Intensivtätern. Hier geht der Täterschutz eindeutig zu weit. Dass das Sofortprogramm der CDU-Fraktion gegen Jugendkriminalität vom Senat im-

zur Erziehung und für Jugendprojekte in Höhe von 169 Millionen Euro vorgenommen worden sind. Die Berliner Union erwartet vom Senat eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Jugendstrafrechts.



Potentiellen Gewalttätern muss gleich am Anfang ihrer Karriere mit allen Instrumenten des Rechtsstaates klar gemacht werden, wo die Grenzen liegen. Dazu gehört unter anderem die Anwendung des Erwachsenstrafrechts als Regelfall für Heranwachsende, die Möglichkeit der Anordnung eines Jugendarrests

tiz wirklich belangt, wenn er ein Dutzend Straftaten begangen hat. Solange wird er im Glauben, dass die Justiz ihm nichts anhaben kann, nach Delikten wie Körperverletzung, Raub oder Sachbeschädigungen immer wieder freigelassen. Das fördert in

mer noch nicht umgesetzt worden ist, ist deshalb leider keine Überraschung. SPD und der Linkspartei fehlt einfach der politische Wille für eine effektive Strafverfolgung. Hinzu kommt, dass in den vergangenen Jahren von Rot-Rot Kürzungen bei den Hilfen

neben einer Bewährungsstrafe und eine Herabsetzung des Alters der Strafmündigkeit.

Das Sofortprogramm der CDU-Fraktion erhalten Sie unter: www.cdu-fraktion.berlin.de unter dem Link 'Anträge'.

In Kürze

Merkel: Politische Rolle der Nato stärken

Kanzlerin Merkel hat zum Auftakt der 42. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik die besondere Bedeutung der transatlantischen Partnerschaft betont. „Das wiedervereinigte Deutschland sei bereit, vermehrt Verantwortung auch über das eigentliche Bündnisgebiet hinaus zu übernehmen.“ Europäische Einigung und transatlantische Partnerschaft blieben die beiden Säulen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik.

Yorckbrücken als Industriedenkmal erhalten

Der kulturpolitische Sprecher der CDU-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin, Uwe Lehmann-Brauns, positioniert sich klar gegen den beabsichtigten Abriss der Yorckbrücken in Kreuzberg. Ihr Abriss bedeute einen nicht wiedergutzumachenden Gesichtsverlust für die Berliner Innenstadt. Die CDU-Fraktion wird den Vorgang im Parlament zur Sprache bringen. Zu prüfen sei, ob das Brückengelände nicht in die Obhut des Museums für Verkehr und Technik gegeben werden kann.

Bögers Sprachförderung greift zu kurz

Die CDU-Schulpolitikerin Katrin Schultze-Berndt begrüßt den Versuch von SPD-Schulsenator Böger, die deutschen Sprachkenntnisse gerade von Schülern nicht-deutscher Herkunft zu verbessern. Die nunmehr drei statt bisher zwei Stunden am Tag der halbjährigen Sprachförderung vor Schulbeginn seien ein Anfang, greifen jedoch zu kurz. Maßnahmen, wie die Verabredung an der Hoover-Realschule, als Umgangssprache nur Deutsch zu verwenden, sollten flächendeckend vom Bildungssenator angeregt werden.

Kein Ausländerwahlrecht in Berlin



Das Berliner CDU-Mitglied im Europäischen Parlament, Roland Gewalt, erklärt in einem Namensartikel, dass es auch in Zukunft kein kommunales Wahlrecht für alle Ausländer in Berlin geben wird:

Ein Vorstoß der politischen Linken, allen Ausländern - selbst jenen, die keinen sicheren Aufenthaltsstatus haben - ein Wahlrecht zu geben, ist im Europäischen Parlament am Widerstand von CDU/CSU und ihrer europäischen Schwes-

terparteien gescheitert. Eine Gleichsetzung von Drittstaatsangehörigen mit EU-Bürgern und deutschen Staatsbürgern im Bezug auf das Wahlrecht bedeutet letztlich eine Diskriminierung der EU-Bürger und wird deshalb von der Union kategorisch abgelehnt.

Die Europäische Union verfolgt seit Adenauer das Ziel, gleiches Recht für alle EU-Bürger in allen EU-Mitgliedsländern zu schaffen. Ein uneingeschränktes Ausländerwahlrecht wie es die politische Linke will, verletzt diesen Grundsatz massiv. Ein Berliner mit deutschem Paß, wenn er sich

in den USA und der Türkei niederläßt, hat dort nämlich kein Wahlrecht. Nach der Entscheidung im Europäischen Parlament bleibt der deutsche Verfassungsgrundsatz, daß Wahlbürger nur Staatsangehörige sein können, erweitert durch das Wahlrecht der EU-Bürger, erhalten. Die Union

und ihre europäischen Schwesterparteien haben in Straßburg erfolgreich

verhindert, daß Ausländer ohne einen sicheren Aufenthaltsstatus, oftmals nur geduldet wegen fehlender Abschiebungsmöglichkeiten, beim Wahlrecht mit deutschen Staatsangehörigen und EU-Bürgern in Berlin gleichgestellt werden.



Europäisches Parlament